

DEUTSCHLAND

BONN

HEYE

Noch weht die Flagge

(siehe Titelbild)

Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine von dem anderen zu unterscheiden.

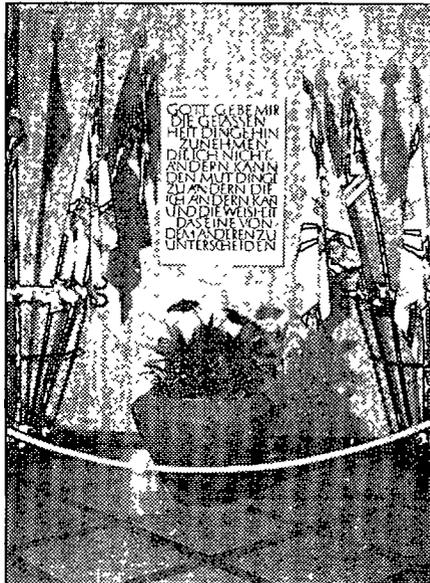
Wandspruch von Christoph Friedrich Oetinger in der Eingangshalle der Bundeswehrrschule für Innere Führung in Koblenz.

Die vom schwäbischen Pietisten Oetinger (1702 bis 1782) geforderte Weisheit und Gelassenheit ließ der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestags, Vize-Admiral a. D. Hellmuth Guido Alexander Heye, 68, außer acht.

Am geforderten Mut hat der frühere Kommandant des schweren Kreuzers „Admiral Hipper“ es dafür nicht mangeln lassen. Das Ergebnis: der bisher schwerste Konflikt um den Geist von Westdeutschlands wiedererstandener Militärmacht. Denn das Ding, das Heye ändern möchte, weil er glaubt, daß er es ändern kann, ist Bonns Bundeswehr.

Bei norwegischem Lachs, gefüllter Ente und Gin-Tonic, seinem Lieblingsgetränk, hatte Admiral Heye im April dieses Jahres im Hause Rodderbergstraße 91 in Mehlem bei Bad Godesberg den Entschluß gefaßt, einen schneidigen Angriff zu fahren.

Gastgeber war der Bonner Korrespondent der Münchner Illustrierten



Eingang zur Schule für Innere Führung
Die Wasserbombe detonierte ...



Nagold-Kompaniechef Schallwig, Heye
Schwerer Schaden für die Republik?

„Quick“ Mainhardt Graf Nayhauf-Cormons; Mitesser: „Quick“-Chefredakteur Karl-Heinz Hagen.

Voll Sorge um die innere Entwicklung der Bundeswehr knürte Admiral Heye damals: „Ich werde demnächst was schreiben.“ Chefredakteur Hagen hakte sofort ein: „Das können Sie bei mir machen.“

Mehrmals traf sich in den folgenden Wochen der Wehrbeauftragte mit dem „Quick“-Korrespondenten Nayhauf und sprach den Rohstoff für drei Illustrierten-Artikel auf Tonband. Nach Umarbeitung durch die „Quick“-Redaktion und geringen Änderungen seinerseits zeichnete der Admiral das Endmanuskript ab.

Einziger Vorbehalt: Die Artikelfolge dürfe erst erscheinen, wenn die Bundestagsabgeordneten im Besitz seines amtlichen Jahresberichtes für 1963 seien.

Am 4. Juni lieferte Heye seinen Bericht beim Bundestagspräsidenten ab. Am 12. Juni — am Freitag vorletzter Woche — lag er gedruckt in den Bundehaus-Schließfächern der Abgeordneten (siehe Auszüge Seite 30). Tags darauf traf sich der Wehrbeauftragte in München zu einer Konferenz mit den Illustrierten-Machern.

Zum erstenmal sah er die auf schwarzrotgoldenem Untergrund sensationell aufgemachte Veröffentlichung. Er erschrak: „Was ist denn das?“ Doch er zuckte nicht zurück.

Zwei Tage später, am letzten Montag, detonierte die vom Admiral geworfene Wasserbombe in Bonn. Heye in „Quick“, das an jenem Tag verkauft wurde:

„Wenn wir das Ruder nicht jetzt herumwerfen, entwickelt sich die Bundeswehr zu einer Truppe, wie wir sie nicht gewollt haben. Der Trend zum Staat im Staate ist unverkennbar.“

„Wir verspielen heute in der Bundeswehr durch unzeitgemäße, oft durch miserable Menschenführung das Vertrauen der Soldaten.“

„Bekannt sich die Mehrheit des neuen Offizierskorps heute überhaupt aus Überzeugung, nicht nur weil es befohlen ist, zur demokratischen Einrichtung des Wehrbeauftragten des Bundestages? Ich hege begründeten Zweifel.“

Der massiven Kritik folgten schrille Proteste: „Vertrauenskrise um Heye“, erklärte der CSU-Bundestags-Vizepräsident Richard Jaeger. „Mißachtung des Parlaments“, zeterte der CDU-Fraktionsgeschäftsführer und Reserveoffizier Will Rasner. Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, nach dessen Ansicht der Heye-Text geeignet war, die Grundlagen des Staates zu erschüttern, stellte sich als Oberbefehlshaber schützend vor seine Armee.

Einen Tag nachdem die Illustrierte „Quick“ ausgeliefert worden war, rechnete der Bundesverteidigungsminister am letzten Dienstag in einer Rede vor 300 Mitgliedern der „Hausfrauen-Union“ in der Kieler Christian-Albrechts-Universität mit dem Wehrbeauftragten ab.

Heye „habe der Bundesrepublik und ihrer Bundeswehr schweren Schaden zugefügt“ und „das Gespenst einer reaktionären Armee an die Wand gemalt“. Er, Hassel, müsse „in schärfster Form derartige Verallgemeinerungen zurückweisen“.

Am selben Tag war „Quick“-Autor Heye von seinem Dienstherrn, Bundes-



Heye-Bericht in „Quick“
... nach Lachs und gefüllter Ente

„UNBERECHTIGTE PAUSCHALANKLAGEN“

SPIEGEL-Fragen an das Bundesverteidigungsministerium

SPIEGEL: Halten Sie die Institution des Wehrbeauftragten für nützlich und hat sie sich in Ihrer gegenwärtigen Form bewährt?

ANTWORT: Die Institution des Wehrbeauftragten ist nicht nur nützlich, sondern auch notwendig. Gäbe es diese Institution heute nicht, so müßte sie schnellstens geschaffen werden. Die Institution hat sich zweifellos auch bewährt.

SPIEGEL: Die Bundeswehr pflegt in zunehmendem Maße ein Traditionsbewußtsein. Aus welchen Gründen ist das notwendig?

ANTWORT: Die Pflege von Tradition ist in jeder Armee von Nutzen, weil sie dem Soldaten das Gefühl vermittelt, in einer langen Reihe von Männern zu stehen, die ihrem Vaterlande gedient haben. Freilich kommt es im Bemühen um eine Traditionspflege darauf an, nur das zu übertragen, was uns auch heute etwas bedeutet und daher der Pflege wert ist. Sie wird somit Ausdruck eines natürlichen Vorganges, nämlich daß eine soldatische Gemeinschaft im Laufe ihrer Geschichte ein Profil entwickelt, welches der Gegenwart und der Zukunft des Staates und seiner Gesellschaft gerecht wird. Die Führung der Bundeswehr hat gerade um einer richtigen Traditionspflege willen dem 20. Juli 1944, dem Geist und der Haltung der Männer also, die für die Freiheit Deutschlands ihr Leben gaben, einen besonderen Platz eingeräumt.

SPIEGEL: Was hat das Bundesministerium der Verteidigung unternommen, um Auswüchse, die mit dem Stichwort Nagold angesprochen sind, zu unterbinden?

ANTWORT: Im sogenannten Nagold-Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung, der allen Truppenteilen bekanntgegeben wurde, hat Bundesminister von Hassel als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr seine Auffassung zu den Vorfällen in Nagold dargestellt. Er hat darüber hinaus eine Reihe von Maßnahmen getroffen oder eingeleitet, die einer unserer Zeit und den Erfordernissen entsprechenden Menschenführung weiteren Rückhalt geben sollen. Die wichtigste dieser Maßnahmen ist das Bemühen um eine gute, gründliche Ausbildung der Unteroffiziere, das sich schon im baldigen Aufbau von Unteroffiziersschulen auswirkt. Bei diesem Bemühen handelt es sich aber nicht um das einfache Erteilen und Ausführen simpler Befehle, sondern letztlich um ein ständiges Ringen in einem geistigen Prozeß. Es wird nun darauf ankommen, daß unsere Streitkräfte in diesem Prozeß die Unterstützung der gesamten Öffentlichkeit erfahren.

SPIEGEL: Gibt es Befehle, die Kommißlon und Drill nach veralteten Methoden verhindern und garantieren sollen, daß die Entwicklung in der Bundeswehr

dem Wesen unseres demokratischen Rechtsstaates nicht zuwiderläuft?

ANTWORT: Die Gesetze und Befehle, die eine zeitgemäße Menschenführung in der Bundeswehr und ihre Eingliederung in unseren demokratischen Staat garantieren sollen, sind vorhanden und eindeutig. Es würde zu weit führen, die Vielzahl der Gesetze und allgemeinen Dienstvorschriften hier aufzuführen, doch muß man besonders auf das Soldatengesetz sowie auf die Gesetze über das Beschwerde- und über das Disziplinarrecht hinweisen. Ein Nichtbefolgen von Gesetzen oder Dienstvorschriften ist ein Verstoß gegen den gebotenen Gehorsam. Ungehorsam wird in der Bundeswehr nach den bestehenden Gesetzen geahndet. In einer großen Gemeinschaft muß in jedem Falle nach dem Grundsatz gehandelt werden, daß gesagt wird, was zu tun ist. Selbstverständlich ist in einer Vielzahl von Erziehungsrichtlinien und sonstigen Erlassen und Befehlen auch darauf hingewiesen worden, was nicht geschehen soll.

SPIEGEL: Wie wird gewährleistet, daß die Offiziere der Bundeswehr das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform aus innerer Überzeugung bejahen?

ANTWORT: Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform liegt allen Gesetzen und Vorschriften für die Innere Führung der Bundeswehr zugrunde. Es ist somit verbindlich für jeden Soldaten der Armee, gleich welchen Ranges. Es bedarf natürlich einer intensiven Erziehungsarbeit, jeden Offizier zum rechten Verständnis dieses Leitbildes hinzuführen, damit er aus Überzeugung dafür eintreten kann. Auch hierbei handelt es sich um einen ständigen Prozeß, der nie abgeschlossen sein wird und der folglich nie als abgeschlossen betrachtet werden darf. Staatsbürgerliche Überzeugung kann weder reglementiert noch befohlen werden. Sie kann nur das Ergebnis fortdauernder Bemühungen um die Verwirklichung einer Idee sein.

SPIEGEL: Bedarf das Verhältnis der Bundeswehr-Führung zum Wehrbeauftragten des Bundestags einer Verbesserung?

ANTWORT: Das Verhältnis der Bundeswehrführung zum Wehrbeauftragten kann nie gut genug sein. Es ist durch die unberechtigten Pauschalanklagen des derzeitigen Wehrbeauftragten gegen die Bundeswehr in der Illustrierten „Quick“ belastet. Diese Belastung kann dadurch beseitigt werden, daß bestehende Gegensätze mit Freimut und Sachlichkeit geklärt und ausgeräumt werden.

SPIEGEL: Welche Folgerungen ergeben sich aus dem jüngsten Bericht des Wehrbeauftragten für das Verteidigungsministerium?

ANTWORT: Der Bericht des Wehrbeauftragten wird geprüft. Folgerungen können erst gezogen werden, wenn das Ergebnis vorliegt.



Heye-Kritiker von Hassel
„Für den Admiral tun wir alles...“

tagspräsident Eugen Gerstenmaier, auch schon zum Rapport bestellt.

Gerstenmaier hatte bereits vor Erscheinen der „Quick“-Serie von dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ludger Westrick, durch Boten ein Werberundschreiben der Münchner Illustrierten erhalten, das an 2000 Bundes-Prominente (darunter sämtliche Bundesminister, Staatssekretäre und Abgeordnete) versandt worden war und die Enthüllungen des Admirals ankündigte.

Trotz der Erregung, die inzwischen die Bundesrepublik erfaßt hatte, fand Admiral Heye beim Dienstag-Rapport im Nicht-Soldaten Gerstenmaier einen verständnisvollen Vorgesetzten: „Von Soldaten verstehe ich nichts. Das ist Ihre Sache.“ Allerdings fügte der Parlaments-Präsident hinzu: „Ich bin persönlich der Ansicht, die Soldaten müssen Angst haben und in Zucht und Ordnung gehalten werden.“

Sodann begehrte Gerstenmaier zu wissen, warum Heye ausgerechnet eine Illustrierte benutzt habe. Denn: „Ich bin altmodisch. Ich habe was gegen Illustrierte.“

In Anspielung auf eine Veröffentlichung der „Quick“-Konkurrenz „Stern“, für die sich Bundesprominenz beim Hantieren mit hölzernen Hanteln hatte fotografieren lassen, antwortete Heye, er wisse nicht, was komischer sei, „zu hanteln oder in einer Illustrierten zu schreiben.“

Der Wehrbeauftragte begründete die Wahl seines Mediums: „Das ist ein Appell an die Öffentlichkeit: Macht das Maul auf. Laßt euch das nicht gefallen!“ In der „vornehmen Sprache meines Jahresberichts“ komme er nicht weiter. Der werde ja „nicht mal von den höchsten Leuten“ gelesen.

Den von der CDU erhobenen Vorwurf, sein Illustrierten-Bericht lasse sich mit seinem offiziellen Jahresbericht nicht auf einen Nenner bringen, wies Heye zurück. Der Bericht an das Parlament enthalte die sehr viel schwerwiegenden Fälle. Die in „Quick“ beschriebenen Fälle seien außerdem so ausgesucht, „daß die Russen nicht sagen können: ‚Ein feiner Saubetrieb!‘“

Gerstenmaier fragte weiter, wie Heye seinen Vorwurf begründe, die Bundes-

wehr tendiere zum Staat im Staate. Der alte See-Offizier erläuterte: Sein Vorwurf sei nicht so sehr politisch als soziologisch gemeint.

„Die Bundeswehr ist keine politische Gefahr in der Bundesrepublik. Sie strebt nicht nach politischer Macht. Aber sie ist in der Gefahr gesellschaftlicher Isolierung und eines Rückfalls in die Vorstellungen aus der Feudalzeit.“

Dazu der Wehrbeauftragte ergänzend zum SPIEGEL: „Ich schließe nicht aus einzelnen Entgleisungen auf das Ganze, wie mir Herr von Hassel vorgeworfen hat. Was mir aber große Sorge macht, sind die typischen Fälle von Kastengeist, die den Stil des Offizierskorps in der Bundeswehr zunehmend bestimmen. Was soll man dazu sagen, wenn ein Kommandeur befiehlt, daß nur Töchter von Offizieren Zutritt zum Kasino haben; aber nicht von Unteroffizieren.“

Der Wehrbeauftragte dozierte vor seinem Dienstherrn Gerstenmaier schließlich noch aus der Militärgeschichte: Die Bundeswehrführung stehe heute vor der gleichen Situation wie Scharnhorst vor 150 Jahren, „dessen friderizianische Grenadiere zwar gut grüßen, marschieren und schießen konnten, von den schlecht ausgerüsteten Partisanen Napoleons aber mit Elan besiegt“ wurden: „Wer das nicht erkennen kann, der versteht nichts von Soldaten.“

Bundestagspräsident Gerstenmaier forderte Admiral Heye auf, ihm alle die Gründe schriftlich darzulegen. Auch wenn er mit dem Inhalt nicht übereinstimme, werde er gemäß seiner Dienstherrnenpflicht den Wehrbeauftragten decken: „Ich wiederhole meine Worte: Ich stehe für Sie ein.“

Allerdings versuchte Gerstenmaier seinem Untergebenen zugleich einen Ausweg aus der Krise schmackhaft zu machen: Er wies den ehemaligen CDU-Abgeordneten Heye darauf hin, daß er sich im kommenden Wahljahr doch wieder um einen Parlamentssitz bei der CDU bewerben könne, dann hätte er als Militär-Experte die verbrieftete Freiheit und Unabhängigkeit, öffentlich zu warnen, wann und wo immer es ihm notwendig erscheine.

Einzelkämpfer Heye, der bei Kriegsende die Kleinkampfverbände der Kriegsmarine befehligte hatte, war über Nacht



Heye-Kritiker Rasner
... für den Wehrbeauftragten nichts“

Rudolf Augstein

FLUCHT IST TREUE

Die „Flucht in die Öffentlichkeit“ geht bei uns selten unter tadellosen Begleitumständen vonstatten. Ob Otto John sich in eine höchst verhängliche Situation gleiten läßt, die einem nachrichtendienstlich tätigen Chef nicht bekömmlich sein kann, ob Oberst Martin seine Karriere aufs Spiel setzt, um seine Sorgen in einer Redaktion abzuladen, ob der im Verfassungsschutz tätige Werner Pätch seinem Amt auf Schleichwegen den Rücken kehrt — jedesmal nehmen die zurückbleibenden Staatsorgane Anlaß, die Motive in Zweifel zu ziehen, und damit scheint das Ärgernis denn nach Gebühr beseitigt.

Zwar stellt sich hinterher prompt heraus, daß die von den Fliehenden mitgeführten Beschwerden berechtigt waren, ebenso, daß sie „auf dem Dienstweg“ nicht hätten geltend gemacht werden können — wer erinnert sich heute noch, daß Otto John in seinem Amt 1954 eine Phalanx von früheren Nationalsozialisten heranrücken sah! Und doch machte den einen Teil der Abhöraffaire 1963 aus, daß zu viele frühere SS-Führer hohe Ränge in Otto Johns früherer Behörde innehatten, zum Mißvergnügen beispielsweise des Angestellten Werner Pätch.

Auch beim Vizeadmiral a. D. Hellmuth Heye droht der Inhalt seiner Beschwerde über den ihm angelasteten Formfehlern verlorenzugehen. Es mag sein, daß er, wie die anderen drei, seinen Dienstweg nicht erschöpft hatte, als er sich entschloß, in die „Quick“-Öffentlichkeit zu fliehen. Aber seine Furcht, in der Bundeswehr wuchere ein neuer Kastengeist, berührt ein Kernthema deutscher Politik, berührt einen lakoonisch verknotteten Komplex, dessen Gefahren höchst gegenwärtig und nicht etwa Spiegelungen vergangener Ängste sind.

Die Gefahr, daß die Bundeswehr als „Staat im Staate“ der politischen Führung ihren Willen aufzwingt, droht derzeit ersichtlich nicht. Bonn ist nicht Weimar, und es gibt (immer noch) keinen von Seeckt. Wann immer die Bundeswehrgeneräle politisch über die Stränge schlügen, waren sie von ihrem zivilen Oberbefehlshaber Strauß animiert und mißbraucht worden.

Wohl aber würde ein neuer Kastengeist, für dessen Heraufdämmern es sichere Indizien gibt, einer bundeswehreigen politischen Ideologie als Gehäuse dienen können. Man verliere ja nie aus den Augen, daß die Machtverhältnisse in Mitteleuropa den deutschen Offizier der unteren und mittleren Ränge ständig herausfordern, sich, im Widerspruch zu den opportunistischen und in Routine abgewetzten Politikern, eine aggressive Moral anzueignen.

Keine andere Armee der Welt, mit Ausnahme der Mao Tse-tungs, sieht sich einem nationalen Bürgerkriegsgegner konfrontiert, dessen auch moralische Unterlegenheit augenscheinlich

ist, der allein von einer übermächtigen Weltmacht genährt und am Leben gehalten wird. Wie, wenn die Übermacht der Sowjets von einer Krise erschüttert würde, und sei es auch nur scheinbar? Würde der Druck der unteren Chargen auf die militärische und politische Führung nicht neue Versuchungen heraufbeschwören, die deutschen Kräfte zu überschätzen?

Das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ hat unvermeidlich die Kehrseite, daß die Soldaten unzulänglich politisiert werden. Sie sollen erfahren, warum sie dienen und wofür sie im Ernstfall kämpfen müßten. Da liegt es, der Mentalität einer Armee entsprechend, näher, Antikommunisten aus ihnen zu machen als Demokraten.

Wie aber dem jungen Leutnant begreiflich machen, daß er zwar bereit sein muß, das Gebiet der Bundesrepublik und Westberlins gegen einen kommunistischen Angriff zu verteidigen, daß hingegen die Bereitschaft, die Kommunisten mit Gewalt aus der DDR zu fegen, nicht gefordert wird, ja, daß die Verklammerung in der Nato nicht zuletzt bezweckt, deutsche Ambitionen zu blockieren.

Jener Oberstleutnant Leggewie in Idar-Oberstein, der vor Rekruten vom „Vaterland Bundesrepublik“ sprach, das für einen „heiligen Krieg“ zur Verteidigung der abendländischen Kultur Gewehr bei Fuß stehen müsse, mag, was die rhetorische Entgleisung angeht, nicht typisch sein. Er repräsentiert aber die eingewurzelte Unsicherheit über Sinn und Zweck der stärksten Landmacht des europäischen Westens.

Nicht so sehr die durch Nagold zutage gekommene Schikane gibt zu denken, sondern die ihr nach Ansicht Heyes zugrunde liegende Ideologie: jener Hang zur Absonderung, der nur noch den uniformierten und kasernierten Staatsbürger gelten lassen will. Man hat nicht den Eindruck, daß die Bundeswehr solcher Gefahren ohne Hilfe der ganzen Bevölkerung Herr werden könnte. Man verlangt da zuviel von ihr. Ihr zweiter Oberbefehlshaber, Strauß, wollte sich die von unten zu erwartende Dynamik zunutze machen, sein Nachfolger von Hassel scheint sich ihrer noch nicht recht bewußt zu sein.

So war es ein weiser und notwendiger Entschluß, dem Parlament einen direkten Zugang zur Armee zu eröffnen.

Eine unabhängige Instanz wurde geschaffen, und um der Staatspartei Genüge zu tun, wurde sie einem Militär aus ihren eigenen Reihen anvertraut. Die deutsche Obrigkeits-Verwaltung wacht aber eifersüchtig darüber, daß keine fremden Götter neben ihr hochkommen. Der Konflikt, mag der Wehrbeauftragte ihn auch undiplomatisch genug nach außen getragen haben, mußte kommen. Es wäre ein großes Unglück, wenn das Parlament auch hier vor der Exekutive kapitulierte.

in grobe See geraten. Aber Unwetter und Feindberührung schreckten ihn nicht. In seiner Dienststelle im vierten Stock eines von US-Diplomaten geräumten Gebäude-Trakts auf dem Gelände der Amerikanischen Botschaft am Rheinufer von Mehlem knurrte er: „Es geht mir in der Schlacht immer gut.“

Vom Ausgang dieser Schlacht wird es abhängen, ob die für Deutschland neuartige Institution eines Wehrbeauftragten des Bundestages künftig in ihrer bisherigen Form und Bedeutung fortbestehen wird oder nicht.

Daß die Bundesrepublik überhaupt einen Wehrbeauftragten hat, geht auf die Initiative eines Sozialdemokraten zurück.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Paul, der während des Dritten Reiches als Emigrant in Schweden lebte, war dort auf die Figur des „Militieombudsman“ gestoßen. Seit 1915 gehört dieser unabhängige Wehrbeauftragte zum festen Inventar der schwedischen Demokratie; ähnliche Einrichtungen bestehen auch in den anderen skandinavischen Ländern.

Die Sozialdemokraten ließen sich im Jahre 1956 ihre Zustimmung zu den verfassungsändernden Wehrgesetzen von der CDU/CSU durch die Einrichtung eines bundesrepublikanischen Wehrbeauftragten honorieren.

Dessen Rechte sind allerdings wesentlich schmaler als die seines schwedischen Vorbildes. Der Schwede hat die durch die Verfassung garantierte Möglichkeit der Kontrolle des gesamten Militärwesens einschließlich der Verwendung der Haushaltsmittel.

Der Bonner Wehrbeauftragte dagegen ist nur ein Hilfsorgan des Bundestages. Nach dem Gesetz über den Wehrbeauftragten:

- ▷ wacht er darüber, daß die Grundrechte der Soldaten und Grundsätze der Inneren Führung nicht verletzt werden;
- ▷ kann er von allen Dienststellen der Bundeswehr und dem Bundesminister für Verteidigung unterstellten Personen Auskünfte und Akteneinsicht verlangen;
- ▷ darf er alle Truppen, Stäbe und Verwaltungsstellen der Bundeswehr jederzeit und ohne vorherige Anmeldung besuchen;
- ▷ kann er jeden Vorgang der für die Einleitung eines Straf- und Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle zu leiten;
- ▷ muß er jährlich einmal dem Bundestag einen schriftlichen Bericht erstatten.

Jeder Soldat und auch jeder andere Bürger kann sich ohne Einhaltung des Dienstweges über Vorkommnisse in der Bundeswehr direkt beim Wehrbeauftragten beschweren.

Der Wehrbeauftragte darf nicht jünger als 35 Jahre alt sein und muß wenigstens ein Jahr Wehrdienst abgeleistet haben. Er wird vom Bundestag mit einfacher Mehrheit gewählt und kann auch mit derselben Mehrheit vor Ablauf seiner fünfjährigen Amtszeit abberufen werden.

Drei Jahre lang stand die Institution des Wehrbeauftragten nur auf dem



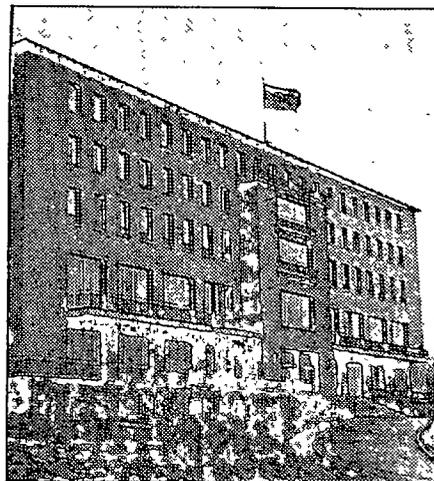
Bundeswehr-Reformer Baudissin
Staatsbürger in Generalsuniform

Papier: Am 19. März 1956 hatte der Bundestag der Einführung des Artikels 45 b* in das Grundgesetz zugestimmt und damit die verfassungsmäßige Voraussetzung für die Wahl eines Wehrbeauftragten geschaffen.

Dann dauerte es ein Jahr, bis der Bundestag auch das erforderliche Ausführungsgesetz verabschiedet hatte. Und noch einmal anderthalb Jahre verstrichen, bis das Parlament einen Kandidaten gefunden hatte, dem am 19. Februar 1959 alle Parteien zustimmten: den Generalleutnant a. D. und parteilosen Staatssekretär aus Niedersachsen Helmuth von Grolman.

Schon der langwierige parlamentarische Streit um die Wahl Grolmans machte deutlich, daß es innerhalb der christdemokratischen Bundestagsfraktion eine starke Minderheit gab, die in dem „Parlamentsinquisitor“ (Professor Theodor Eschenburg) eine unnütze, weil für die Bundeswehr unbequeme Einrichtung sah. Auch die Mehrheit der militärischen Führung stand dem neuen, ungewohnten Aufpasser mißtrauisch gegenüber.

Der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß benutzte die erste sich bietende Gelegenheit, dem Wehrbeauftragten Schwierigkeiten zu machen.



Bundesweherschule für Innere Führung
Neuer Geist im Besitzer-Hotel

Sie ergab sich, als von Grolman Anfang April 1960 dem Bundestag den ersten Tätigkeitsbericht vorlegte.

Grolman schrieb zwei vorsichtig-kritische Sätze: „Der zu schnelle Ausbau der Bundeswehr und der zeitweise parallel laufende Umbau des Heeres haben zu einer Personalbewegung geführt, die zum Teil notwendig oder unvermeidlich gewesen sein mag, die aber zwangsläufig die Truppe nicht zur Ruhe kommen ließ.“

Und: „Die jungen Menschen stellen immer wieder und unerbittlich die Frage danach, was sie angesichts der Tatsache, daß Deutschland geteilt ist und die Bundesrepublik nur ein Provisorium darstellt, verteidigen sollen.“

Diese Sätze genügten, um die Gegner des Wehrbeauftragten auf den Plan zu rufen. Der CDU-Abgeordnete Dr. Roland Seffrin verlangte, daß die Kompetenzen des Wehrbeauftragten einschränkend geklärt werden müßten. Auf keinen Fall dürfe sich der Wehrbeauftragte „zu politischen oder militärischen Fragen äußern“.

Strauß wies den damaligen Generalinspekteur Heusinger an, eine Stellungnahme zu entwerfen und zerplückte den Grolman-Bericht vor dem Verteidigungsausschuß.

Obwohl die Kompetenzen des Wehrbeauftragten damals erhalten blieben, fiel der zweite Jahresbericht Grolmans prompt so harmlos aus, daß auch Strauß keinen Anlaß zum neuen Angriff fand.

Im selben Jahr ging ein Gericht gegen Grolman vor. Der Wehrbeauftragte war in eine Knaben-Affäre verwickelt und wurde, nachdem er im Juli 1961 von seinem Amt zurückgetreten war, zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Trotz der personellen Hypothesen, die das junge Amt des Wehrbeauftragten belasteten, gelang es Grolmans Nachfolger Heye, die Institution wieder aufzuwerten.

Die tapsige Seebären-Figur mit Ritterkreuz und grauen Schläfen — schon bei der Kriegsmarine war Heye für die Länge seiner Haare berühmt — flößte Soldaten und Öffentlichkeit gleichermaßen Vertrauen ein.

Heye, dessen Widerspruchsgeist als CDU-Abgeordneter einst dazu geführt hatte, daß Konrad Adenauer eine Sitzung der CDU-Fraktion über das Freiwilligen-Gesetz mit dem ärgerlichen Ausruf „Sauhaufen“ verließ, erschien zunächst Ministerium und Militärs als gemüthlicher Aufpasser. Doch je länger der Admiral in seinem Amte saß, um so unbequemer wurde er.

Sein erster Jahresbericht war noch so unverfänglich wie Grolmans zweiter gewesen. Sein zweiter Jahresbericht aber berührte schon ein Problem, das nun in seinem dritten Rapport zum beherrschenden Thema geworden ist und auch Gegenstand des „Quick“-Berichts war: die Innere Führung der Bundeswehr.

Leitbild der Inneren Führung ist der „Staatsbürger in Uniform“. Dieses von dem ersten militärischen Nachkriegs-Reformer, General Graf Baudissin, schon 1952 unter dem Sicherheitsbeauftragten Theodor Blank entworfene Konzept ist von Regierung und Parlament

* „Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

akzeptiert und zum militärischen Führungsgrundsatz erhoben worden.

Darüber Admiral Heye in seinem zweiten Jahresbericht: „Das Bild will sagen, daß auch der Soldat vollberechtigter und verantwortlicher Bürger im freiheitlich demokratischen Rechtsstaat bleiben soll und daß die Gesetzlichkeit von Befehl und Gehorsam in der Armee diesen rechtlichen und politischen Status des Soldaten nicht aufzuheben vermag. Dies hat zur Folge, daß jeder Bürger, der zum Waffendienst gerufen wird, vor seinen Vorgesetzten nicht etwa unter dem Leitbild gleichsam eines Untertanen gesehen und dementsprechend behandelt wird, sondern daß er als freier, der Gemeinschaft verantwortlicher Mann seinen Dienst tut. Vom militärischen Vorgesetzten verlangt dies, daß er den Untergebenen in seiner Persönlichkeit respektiert und ihn in seiner Freiheitssphäre nur so weit einschränkt, als es die dienstliche Aufgabe im Rahmen der Gesetze erfordert.“

Um diese Grundsätze in der Truppe zu verankern, wurde auf der Pfaffendorfer Höhe bei Koblenz in einem ehemaligen Offiziers-Hotel französischer Besatzer 1956 eine Schule für Innere Führung geschaffen.

In ihrer Eingangshalle sind Nachbildungen von Fahnen und Standarten dieser Truppenteile aufgepflanzt, die 1914 an der Schlacht von Tannenberg teilgenommen hatten.

Im Treppenhaus hängen die Porträts unterschiedlicher soldatistischer Vorbilder, darunter Heeresreformer Scharnhorst, Preußens Generalstabschef Moltke, der 20.-Juli-Generaloberst Beck, Feldmarschall Rommel und neuerdings Schutztruppen-General Lettow-Vorbeck.

Diese pädagogische Schule der Bundeswehr (Kommandeur: Brigadegeneral Claus Hinkelbein), in der vor allem Bataillons-Kommandeure, Kompaniechefs und Kompanie-Feldwebel ihr geistiges Rüstzeug nach den Prinzipien des Grafen Baudissin erhalten sollen, ist ein Nadelöhr: Erst knapp 9000 von über 100 000 Offizieren und Unteroffizieren der drei Wehrmachtteile haben Lehrgänge auf dieser Schule absolviert.

Die Schule veranstaltet jährlich einmal achtstägige Besprechungen für Generale und jährlich zweimal Besprechungen für Brigade-Kommandeure. Um ständig mit der Truppe in Kontakt zu bleiben, werden schließlich noch „Querschnitts-Lehrgänge“ (Dauer: eine Woche) abgehalten, zu denen ausgewählte Soldaten aller Truppenteile herangezogen werden, um zu erforschen, was der Landser denkt.

Trotz des erklärten politischen Willens von Bundesregierung und Bundestag, durch die Innere Führung die Bundeswehr mit neuem Geist zu beseelen, wuchs in der Arme der Traditionalismus.

Obgleich Reformier Baudissin von Anfang entschieden klargestellt hatte, daß zu seinem Konzept eine harte militärische Ausbildung gehört, wurde die „Innere Führung“ von den Traditionalisten als „weiche Welle“ desavouiert. Der von Baudissin geprägte Begriff „inneres Gefüge“ wurde als „inneres Gewürge“ lächerlich gemacht. Die Reformier verloren Boden und Einfluß.

General Graf Baudissin und sein Mitstreiter General Graf Kielmansegg erhielten hohe Positionen außerhalb der



Reichswehr-Generaloberst Heye (r), Seeckt, Hindenburg (1930): Welche Vorbilder ...

Bundeswehr in der Nato. Die Uniform, die Staatsbürger umhüllen sollte und ursprünglich dementsprechend schlicht als Arbeitskleidung entworfen war, wurde wieder zum lamettageschmückten bunten Rock, der den Soldaten aus der grauen Masse der Zivilisten deutlich heraushebt. Weltkriegsorden schmücken die Monturen, Traditionsfahnen die Kasernen. Der Putsch des 20. Juli ist im Offizierkorps noch immer umstritten.

Obgleich das Stehen mit geschlossener Faust angeordnet wurde, duldeten zahlreiche Kommandeure, selbst der erste Generalinspekteur Heusinger, von Anfang stillschweigend die alte Handhaltung mit an die Hosennaht angelegten Fingern. Und der damalige Heeresinspekteur Hans Röttiger schrieb ins Gästebuch der Panzertruppenschule Munsterlager: „Allen Widerständen zum Trotz werden wir die Panzertruppe im alten Geiste wieder gestalten.“

Es sind keineswegs nur gediente Offiziere und Unteroffiziere, die dem Traditionalismus anhängen, sondern auch junge Freiwillige. Die Freiwilligen-Meldungen für die Bundeswehr sind nicht ausreichend; es fehlen heute 5000 Offiziere und 30 000 Unteroffiziere. Für die überwältigende Mehrheit der jungen Menschen ist der Soldatenberuf offenbar wenig attraktiv. Und wer ihn attraktiv findet, sieht augenscheinlich vielfach nicht im Staatsbürger in Uniform das

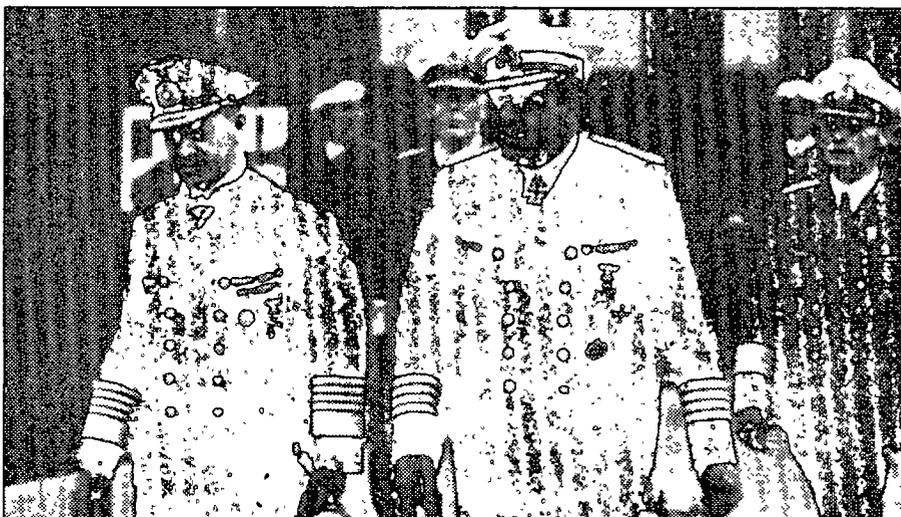
Berufsideal, sondern im herkömmlichen Offiziers- und Unteroffizierstyp. Die immer vorhandene Kluft zwischen ziviler Gesellschaft und Militär vertieft sich damit weiter. Nach Ansicht des Wehrbeauftragten Heye ist sie schon heute so groß, daß eine Isolierung der Bundeswehr droht.

Von den Resultaten mißverständenen Soldatentums erfuh die Öffentlichkeit lange Zeit nur bruchstückweise aus Gerichtsberichten der Lokalzeitungen.

In Hamburg-Bergstedt ohrfeigte ein 39-jähriger Hauptmann einen Militärmusiker, weil dieser sich nach einem Kompanie-Fest geweigert hatte, eine Zugabe zu spielen. Am 9. Januar 1958 wurde der Offizier zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Bei einer in der Nähe von Wiesbaden stationierten Pionier-Einheit spielten drei Soldaten im Februar 1960 „Heiliger Geist“ und verprügelten einen vierten mit Fäusten, Riemen und Koppeln. Entschuldigung der drei vor Gericht: Die Ausbilder hätten ihnen gesagt, die Erziehung in der Truppe „beginne von unten“.

Auf dem Truppenübungsplatz Nordsee bei Itzehoe überfiel am 21. März 1960 ein 22-jähriger Leutnant zusammen mit drei Unteroffizieren nachts den Wachtposten seiner Kompanie und knielte ihn. Der Posten mußte ins Kranken-



... sollen für die Bundeswehr gelten?: Generaladmiral Raeder, Heye (1942)

revier, der Leutnant vor Gericht: Fünf Wochen Strafarrrest.

„Nach rechts wegtreten ... Deckung!“ kommandierte Stabsunteroffizier Josef Huber in einer Novembernacht des Jahres 1960 auf der Alpenstraße bei Unterjettenberg. Die Gebirgsjäger-Rekruten taten, wie geheißsen: Zwei stürzten über das Gelände der Alpenstraße in die 31 Meter tiefe Eisbachschlucht, zwei weitere Rekruten, die den Verletzten helfen wollten, fielen hinterher. Die Helfer starben.

Auf Befehl seines Oberleutnants sprang ein 21jähriger Schütze des 314. Panzerbataillons in Oldenburg am 1. September 1961 vom 3-Meter-Brett in die Hunte. Der Nichtschwimmer ertrank.

Auf einem Fliegerhorst bei Cuxhaven wurde ein Soldat, weil er sich weigerte, im Bett stramme Haltung anzunehmen, vom Vorgesetzten verprügelt; einem 21-jährigen Fahnenjunker. Das Schöffengericht Cuxhaven verurteilte den angehenden Offizier am 21. Dezember 1961 zu drei Monaten Gefängnis.

nant am 17. Mai 1963 auf die Idee, einen Ausbilder über die Leiber der flachliegenden Rekruten marschieren zu lassen. Ein Soldat wurde am Unterleib verletzt, der Leutnant zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Bei einer Schießübung in Nord-Hessen machte ein 27jähriger Unteroffizier vor, was ein guter Schütze sei. Er nahm einem Rekruten, der nur „Fahrkarten“, das heißt danebengeschossen hatte, das Gewehr aus der Hand, legte selbst an, erzielte 48 Ringe und schlug dem nicht so zielsicheren Rekruten anschließend 48mal an den Hals. Im September 1963 wurde er vom Landgericht Marburg zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Auf dem Kasernenflur wurden im Juli 1963 nachts 150 Rekruten der 9. Ausbildungskompanie der 6. Panzergrenadierdivision in Boostedt bei Neumunster von ihren Vorgesetzten mit MG-Platzpatronen, Nebelkerzen und Tränengas beschossen. Zwanzig Rekruten mußten mit Schleimhautreizungen und Augenverletzungen ins Krankenrevier gebracht



Ehrentafel in Nagold: „Der Toten Tatenruhm“ vom General gelöscht

Auf einem Kasernengelände in Baden-Württemberg überfielen am 19. Januar 1962 drei Leutnants und zwei Feldwebel einen Wachtposten, um — wie sie später vor Gericht aussagten — dessen „Wachsamkeit“ zu überprüfen. Sie fesselten ihn, packten ihn in den Kofferraum eines Autos und rollten den zum Paket verschnürten Rekruten einen Abhang hinunter. Strafe: drei bis sechs Monate Einschließung.

Auf dem Übungsplatz Schwabstadt bei Landsberg gab ein 27jähriger Unteroffizier am 27. Juli 1962 dem von ihm geführten Zug eines Unteroffizier-Lehrgangs den Befehl: „Volle Deckung im Lech“. Die gefechtsmäßig ausgerüsteten Soldaten gingen in Deckung, ein Nichtschwimmer ertrank. Seine Leiche war noch nicht geborgen, als der Vorgesetzte und ein weiterer Unteroffizier ein halbes Jahr später vom Schöffengericht Landshut zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Beim Oldenburger Panzer-Artillerie-Ausbildungsbataillon 111 kam ein Leut-

werden. Der Kompaniechef wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dann — im August 1963 — kam Nagold: Der Rekrut Gerd Trimborn war bei einem 15-Kilometer-Übungsmarsch mit Laufschrütteinlagen, den die Ausbildungskompanie 6/9 der ersten Luftlandedivision angesetzt hatte, in drückender Sommerhitze zusammengebrochen. Eine Woche blieb er bewusstlos, dann starb er an den Folgen des Kollapses.

Die Ermittlungen entlarvten die Ausbildungskompanie als eine „Schande für das ganze Korps“ (so der Kommandierende General des II. Korps, Generalleutnant Hepp). Auf Befehl ihrer Ausbilder mußten Nagold-Rekruten durch Kehrichthaufen kriechen und beim Außenrevierreinigen mit dem Mund Papierfetzen vom Boden auf sammeln. Sie wurden auf Märschen mit Fußtritten oder Stock- und Koppelhieben weitergeschleucht und mußten Liegestütze über einem geöffneten Taschen-

Nur mit Aer Lingus
ohne Umsteigen
direkt nach
Dublin



VON
Düsseldorf
Frankfurt
Amsterdam
und Zürich
sowie
23 anderen Städten
in Europa und U.S.A.



Service
und Komfort
sind
sprichwörtlich



Von Düsseldorf, Frankfurt und Amsterdam,
auch non-stop nach Manchester

messer exerzieren. Motto der Truppe: „Eins aber ist, was ewig bleibt: der Toten Tatenruhm.“

Generalleutnant Hepp löschte die Schande durch einen bis dahin in der Bundeswehr einmaligen Akt: Er ließ die Kompanie 6/9 auflösen. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen elf Schleifer Anklage wegen entwürdigender Behandlung und vorsätzlicher körperlicher Mißhandlung von Untergebenen sowie Mißbrauchs der Befehlsbefugnis und Dienststellung.

Den Wehrbeauftragten Heye erreichte die Hiobsbotschaft aus Nagold auf Urlaub im Herz- und Kreislauf-Sanatorium „Jägerwinkel“ in Bad Wiessee. Unverzüglich setzte sich der Admiral in Marsch zu den Fallschirmjägern. Auch beim ersten Prozeßtag war er dabei (siehe Kasten Seite 26). Und im Januar 1964 beschuldigte er in der Nagold-Debatte der CDU-Fraktion „die politische Führung der Bundeswehr“, sie habe

Unerbetene Ratschläge Heyes wurden von dem früheren Bundeswehr-Generalinspekteur Friedrich Foertsch öffentlich als „undurchführbar“ bezeichnet.

Gleichzeitig deckten ehemalige Fraktions-Kollegen des Ex-Parlamentariers den Wehrbeauftragten mit Störfeuer ein.

Im Haushaltsausschuß verweigerte die CDU-Mehrheit ihm wiederholt eine geforderte Aufstockung seines Beamtenapparates von 36 auf 42 Planstellen.

Dazu Heye: „Die sagen sich: Wenn wir ihn kleinkriegen wollen, müssen wir ihm die Luft abschneiden. Das kenne ich, dazu war ich lange genug im Parlament.“

Angeführt von dem Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner mühte sich eine Gruppe militärfrommer CDU-Abgeordneter, das Amt des Wehrbeauftragten zu einer reinen Bearbeitungsstelle für Beschwerden herabzumindern. Rasner zu Heye: „Für den Admiral tun

traut gemacht: Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler hat in Zusammenarbeit mit dem Rechtsausschuß begutachtet, daß der Wehrbeauftragte zwar nicht von sich aus vor dem Parlament sprechen kann, aber dem Plenum „Rede und Antwort“ stehen muß und darf.

Für den Admiral ist das Gefecht damit jedoch nicht abgebrochen, geschweige denn gewonnen. Für ihn und sein Amt wird es von entscheidender Bedeutung sein, wie sich die Bundeswehr jetzt zu ihm einstellt. Das sagte ihm Gerstenmaier; das weiß er selber.

„Quick“-Form und Inhalt der Admirals-Kritik haben in weiten Kreisen des Offiziers- und Unteroffizierskorps, bei Traditionalisten, aber auch bei Reformisten, Empörung oder Enttäuschung ausgelöst. Zwar wurde es den Bundeswehr-Offizieren durch ihren Minister und obersten Befehlshaber von Hassel verboten, öffentlich zu Heye Stellung zu nehmen. Aber das gängigste Kasino-Urteil lautet: „Milchmädchenrechnung“. Bei einer Bundeswehr von 400 000 Mann habe Heye seine Schlüsse aus insgesamt 5000 Beschwerden gezogen.

Dazu Heye: „Ein hoher Offizier, dessen Namen ich nicht nennen möchte, telegraphierte mir: ‚Die offizielle Reaktion bestätigt die Berechtigung Ihrer Aktion.‘“

Verteidigungsminister von Hassel hat in dieser Situation vergeblich den Bundeskanzler zum Entsatz der Bundeswehr aufgefordert (Heye: „Was das für ein Kampf sein soll: 400 000 Mann gegen einen vertrottelten Admiral“). Erhard lehnte jedoch auf Anraten seines Pressestaatssekretärs von Hase eine Rundfunk- und Fernseh-Ansprache zur Affäre ab, um nicht den Anschein eines nationalen Notstandes heraufzubeschwören.

Daraufhin schrieb von Hassel einen Brief an Heye und bat um Aussprache mit Beweisen für dessen Behauptungen. Die Besprechung fand letzten Sonnabend statt.

Heye auf dem Höhepunkt der Krise: „Ich bin ein sinkendes Schiff. Aber die Flagge weht noch.“

Am letzten Wochenende war Heye noch immer nicht versenkt und die Reform-Flagge noch immer nicht eingeholt.

In der Deines-Bruchmüller-Kaserne von Niederlahnstein bei Koblenz, wo jeden Morgen ein Gefreiter der 2. Kompanie eines Panzer-Artillerie-Bataillons nach eigenem Gutdünken Zeitungsartikel ausschneidet und sie in einen gläsernen Kasten auf dem Flur legt, prangte als Sinnbild fortschrittlichen Kasernen-Geistes ein Bericht der „Frankfurter Allgemeinen“ unter Glas: „Schwerer Konflikt zwischen Wehrbeauftragtem und Regierung — die Erklärungen Heyes“. Daneben, säuberlich ausgeschnitten, ein Bild des Admirals.

Der, ausschnittsfreudige Gefreite ist noch nicht der letzte Staatsbürger in Uniform: Im Herbst dieses Jahres wird Generalmajor Ulrich de Maizière, 52, als Inspekteur des Heeres an die Spitze des größten Wehrmachtsteils rücken. Er ist mit den Grafen Baudissin und Kielmansegg einer der Schöpfer der Idee von einem modernen deutschen Soldatentum, für die Admiral Heye in das wahrscheinlich letzte und vielleicht schwerste Gefecht seines Soldatenlebens gezogen ist — gegen die eigenen Kameraden.



Heye-Vorgesetzter Gerstenmaier, Ehepaar Maizière: „Muß ein Soldat Angst haben?“

„die ursprünglich gut entworfenen Grundsätze der Inneren Führung nur halb verwirklicht“.

Heye forderte, ohne Rücksicht auf das Führer-Defizit müßten „alle Unteroffiziere und Offiziere aus der Bundeswehr entfernt werden, die sich nicht zu der freiheitlichen Konzeption der Inneren Führung bekennen“.

Seine Verbesserungsvorschläge:

- ▷ die Grundausbildung von drei auf sechs Monate verlängern und mit sportlichem Training einleiten;
- ▷ die Ausbildungszeit für Berufsoffiziere von zwei auf drei Jahre ausdehnen und ihnen in einer Akademie „eine angemessene geistige Grundlage“ vermitteln;
- ▷ den Unteroffizieren die Möglichkeit geben, die Mittlere Reife zu erlangen;
- ▷ den Zapfenstreich für Unteroffiziere aufheben;
- ▷ nicht mehr Einheiten aufstellen als mit qualifizierten Offizieren und Unterführern besetzt werden können: „Qualität geht vor Quantität“.

wir alles, für den Wehrbeauftragten nichts.“

Dagegen Heye: „Als politischer Statist bin ich mir zu schade.“

Für einen so unvoreingenommenen Schiedsrichter in diesem Streit, wie es Heyes Dienstherr und Rasners Präsident, Eugen Gerstenmaier, ist, wurde der Fall bald ein staatsrechtliches Problem: Darf ein Beauftragter der Legislative mit eigenen Vorstellungen direkt in die Exekutive hereinwirken?

Als der Bundestags-Admiral in diesem Frühjahr darauf drang, seinen Jahresbericht selbst dem Parlament vorzutragen und erläutern zu dürfen, um ihm größeren Nachdruck zu verleihen, entschied der Ältestenrat des Bundestages gegen das Ansinnen des Nicht-Parlamentariers.

Diese Ablehnung gab bei Heye den letzten Anstoß zu seinem Schritt in die Öffentlichkeit und seiner Artikel-Serie in „Quick“.

Inzwischen hat Parlamentspräsident Gerstenmaier in seiner Unterhaltung mit Heye am letzten Dienstag den Wehrbeauftragten mit einer neuen Lage ver-